

Niederschrift

der Sitzung des Hauptausschusses vom 23.01.2019

Beginn: 16:15 Uhr
Ende: 17:55 Uhr
Ort: Sitzungszimmer der Verwaltung, Eilsleben
Anwesende: lt. Anwesenheitsliste
Entschuldigt: Fr. Wenzel
Gäste: s. Anwesenheitsliste
Verwaltung: Fr. Dilge – FBL FB Finanzen
Fr. Rhein – FDL FD Haushaltswesen
Fr. Nebauer - Protokoll

Tagungsverlauf

Öffentlicher Teil

1) Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit

Die Sitzung wurde eröffnet.

2) Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt und es wurde entsprechend verfahren.

3) Genehmigung der Niederschrift vom 26.09.2018

Die Niederschrift vom 26.09.2018 wurde mit 1 Enthaltung und 6 Ja- Stimmen bestätigt.

4) Beratung zum Haushaltsplanentwurf 2019

Frau Dilge gab als Fachbereichsleiterin Finanzen allgemeine Erläuterungen zum vorliegenden Haushaltsentwurf 2019 und ging auch auf Besonderheiten ein.

Die Verwaltungsleitung hat mit Blick auf eine stabile Umlage die Haushaltspositionen und angemeldeten Bedarfe umfassend geprüft und einige Änderungen vorgenommen.

Die wesentlichen Änderungen wurden den Anwesenden in einem Übersichtsblatt vorgelegt. Zusätzlich erhielten die Anwesenden eine Kurzübersicht des Stellenplanes 2019.

Fr. Dilge ging ausführlich auf die Entwicklung des Finanzmittelbestandes der VerbGem Obere Aller ein. Die Änderungen führen zu einem positiven vorauss. Bestand an Finanzmitteln am Ende des HJ 2019 in Höhe von ca. 11,4 T€. Fr.

Dilge begründete die Notwendigkeit, die Verbandsgemeinde zukünftig solide mit Finanzmitteln auszustatten, da z.B. immer öfter Fördermittel für umfangreiche Investitionsmaßnahmen von der VerbGem vorfinanziert werden müssen.

Für die Umlage wurde kein höherer Hebesatz festgelegt. Sie beträgt weiter 44,92 %. Frau Rhein erläuterte den vorliegenden Vorbericht zum Haushaltsplan der VerbGem Obere Aller für das Haushaltsjahr 2019 detailliert und beantwortete in der anschließenden Diskussion die Fragen der Anwesenden.

Herr Buchwald fragte nach, welche Zielstellungen es für weitere Personalkosteneinsparungen gibt. Er verwies auf die vorliegende Organisationsuntersuchung der SIKOSA-Beratungsgesellschaft und dem vorliegenden Personalentwicklungskonzept. Die sinkende Einwohnerzahl der VerbGem müsste seiner Meinung auch zu wirksamen Personaleinsparungen führen.

Herr Frenkel verwies auf die ausgereichte Kurzfassung zum Stellenplan 2019 und erläuterte die bisherigen Personalabgänge (u.a. aktuell Fr. B. Wilke/ Beitragswesen). Diese Stelle wird durch eine Auszubildende übernommen.

Im nächsten Jahr treten voraussichtlich 4 Kolleginnen aus dem AV aus. Dies betrifft verstärkt den FB 1-Finanzwesen. Durch Organisationsmaßnahmen könnte maximal eine Stelle eingespart werden.

Fr. Rhein ergänzte, dass die ausscheidenden 2 MA / Bereich Haushaltswesen für 5 Haushalte zuständig sind. Die Bedarfe zur Haushaltsaufstellungen und Beschlussfassung bestehen von allen Kommunen gleichzeitig.

Herr Frenkel gab zu bedenken, dass neue Aufgaben wahrgenommen werden bzw. Aufgaben aufgrund der gesetzlichen Vorgaben nur mit einem erhöhten Aufwand umgesetzt werden können. Die Personalausstattung ist dieser Entwicklung anzupassen.

Herr Küstermann verwies zunächst auf eine grundlegend positive Entwicklung der Haushaltsdaten. Der Fehlbetrag des vorläufigen Jahresergebnisses sank von über 500 T€ (2017) auf vorauss. 174,5 T€, Die ausgewiesenen Abweichungen im Jahresergebnis sind im Einzelnen zu hoch. Erträge und Aufwendungen sollten genauer geplant werden. Er bat um weitere ausführliche Erläuterungen in der nächsten Haushaltsberatung. Er fragte nach dem Stand der tatsächlichen Überschüsse in 2019.

Für eine leistungsstarke Verwaltung sind die entsprechenden Finanzmittel bereitzustellen.

Weitere Nachfragen gab es zu den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

1. Mehrkosten für Reinigungsleistungen
2. Steigerung der Energieverbräuche, obwohl bereits umfangreiche Baumaßnahmen zum Senken des Energieverbrauches durchgeführt wurden.

Herr Falke fragte nach der Laufzeit der Reinigungsverträge. Bei einem Neuabschluss sollten die sehr unterschiedlichen Reinigungskosten in den Einrichtungen geprüft und ggf. angepasst werden.

Zum Anstieg der Kosten für den in der Höhe sehr unterschiedlich ausfallenden Defizit- ausgleich für die Kitas zeigten die Anwesenden ihr Unverständnis. Herr Frenkel erläuterte die Regularien der Umsetzung und verwies auf die „Machtlosigkeit“ der Verbands- gemeinde in Bezug auf die Höhe und den Nachweis der Kosten. Die VerbGem ist lediglich Mittelgeber und auf die vertrauensvolle offene Zusammenarbeit mit den freien Trägern und dem Landkreis (LEQ-Vereinbarungen) angewiesen.

Die Gesamtsituation ist sehr unbefriedigend.

Er verwies auf geplante Novellierungen des KIFÖG und hofft auf eine stärkere Kontroll- befugnis der Kommunen.

Vom Gesetzgeber sind eine Veränderung der Betreuungsschlüssel im Kita- Bereich sowie eine neue Geschwisterregelung geplant. Die Mehrkosten sollen durch erhöhte Zuweisun- gen des Landes ausgeglichen werden. Mehrere Anwesende äußerten ihre Zweifel und be- fürchten, Mehrausgaben der Kommunen.

Auf Nachfrage bestätigte Herr Frenkel, dass vor August keine neuen Kita-Satzungen zu beschließen sind.

Abschließend teilte Herr Frenkel mit, dass die Verwaltungsleitung die einzelnen Bedarfs- meldungen intensiv geprüft und in den vorliegenden Haushaltsentwurf entsprechend ein- gearbeitet hat.

Er verwies allerdings auch auf 2 unbekannte Größen, die den Haushalt maßgeblich beein- flussen:

1. Im Kindergarten Marienborn ist das Gebäude zur Hortbetreuung aufgrund des schlechten Bauzustandes und der schlechten techn. Ausrüstung nicht mehr zu nut- zen.
Der Betreuungsbedarf ist auch in Zukunft gegeben; (2019/2020 = 9 Hortkinder; 2020/2021 = 20 Hortkinder).
Es gibt ein Förderprogramm des Bundes mit 50%iger Förderung, allerdings müs- sen bis zum 31.01.2019 die Förderanträge vorliegen, dies ist sehr unwahrschein- lich. Erste Kostenvoranschläge des Planungsbüros gehen von ca. 360-380 T€ aus. Die 2. Möglichkeit wäre ein Neubau ohne Fördermittel, analog des FFW-Traktes in Wefensleben. Hierzu werden gegenwärtig noch die Baukosten ermittelt.
2. Bau des FFW- Gerätehauses in Eilsleben/Ummendorf.
Die Planungen sollen im Febr. 2019 abgeschlossen sein. Gegenüber dem Erstan- trag von 2017 geht man von einer erheblichen Preissteigerung aus. Da vom Land eine Höchstförderung in Höhe von 765 T€ bewilligt wurde, müssen die Mehrkos- ten durch die VerbGem allein abgesichert werden.
Dem VerbGR wird vorgeschlagen, den Beschluss zum Bau, wie im HH-Plan ange- setzt, zu fassen. Abweichungen müssten ggf. per Nachtrag später durch Strei- chung anderer Maßnahmen ausgeglichen werden.

Herr Müller informierte, dass der Bund im Jahr 2021 6 FFW- Fahrzeuge an 5 Standorten im Bördekreis stationieren will. Ein Stellplatz war auch in Hötensleben vorgesehen.

Dazu müsste die Fahrzeughalle baulich erweitert werden, Kosten ca. 110 T€. Aufgrund der unsicheren Lage wurden die Finanzmittel für dieses Vorhaben aus dem HH 2019 gestrichen.

Im Ergebnis der Diskussion wird dem Verbandsgemeinderat empfohlen, den vorliegenden Haushalt zu beschließen, allerdings sollen die Haushaltspositionen mit wesentlichen Abweichungen noch ausführlicher erklärt werden.

5) Bericht des Verbandsgemeindebürgermeisters

Herr Frenkel informierte über die notwendige Anpassung des Hausverwaltervertrages mit der Wohnungsgenossenschaft "Neue Heimat" in Bezug auf die Fremdverwaltung des Harbker Wohnungsbestandes. Für die Wohnungsverwaltung erfolgt eine Anhebung des Erstattungspreises von 17 €/WE auf 18 €/WE. Die Abstimmung mit der Gemeinde Harbke ist zuvor erfolgt.

Der Vertrag wird zeitnah unterzeichnet.

6) Bekanntgabe der gefassten Beschlüsse des nichtöffentlichen Teils der Sitzung vom 26.09.2018

In der nichtöffentlichen Sitzung vom 26.09.2018 wurden keine Beschlüsse gefasst.

7) Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Anfragen gestellt.

8) Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Falke fragte in Bezug auf die Übertragung der offenen Jugendarbeit an das DRK nach, wieviel Bewerbungen als Betreuer vorlagen und ob die notwendige pädagogische Ausbildung geprüft wurde.

Herr Frenkel bestätigte, dass lediglich eine Bewerbung vorlag. Mögliche Bedenken können im Rahmen der Probezeit getestet werden. Die Personalhoheit liegt in diesem Fall beim DRK und somit auch die Verantwortung für die Einhaltung der Ausschreibungsvorschriften(pädagogische Fachausbildung).

Herr Falke informierte über das in Ummendorf bereits laufende Flurneuordnungsverfahren. In diesem Rahmen soll der weitere Ausbau des Radweges an der L 40 Ummendorf-Badeleben mit Fördermitteln erfolgen.

Es wäre von Vorteil, wenn auch die Gemeinden Völpke und Wefensleben sich am Flurneuordnungsverfahren beteiligen würden und entsprechende Fördermöglichkeiten beim Ausbau genutzt werden könnten. Fr. Krolop signalisierte Interesse und bat um einen internen Abstimmungstermin.

Herr Smolin wird im GR Völpke beraten.

Herr Buchwald bat die Verwaltung um Prüfung eines Antrages zur Flurneuordnung für den OT Barneberg.

Herr Wipper kritisierte zum wiederholten Mal den „Stillstand“ des Breitbandausbaus in den Orten.

Das Hauptkabel ist angeblich fertig verlegt, jedoch erfolgen keine weiteren Hausanschlüsse.

Herr Frenkel bestätigte diesen Eindruck über die unzureichende „Kundenarbeit/ Vertrieb“ von MDDSL.

Auf Anfrage bestätigte Herr Frenkel, dass Herr Heidecker als Mitarbeiter des Ordnungsamtes den Außendienst an den Wochenenden bzw. außerhalb der Dienstzeit wirksam unterstützt.

Der Fachdienstleiter Ordnung, Herr Dilge, wird den Anwesenden zur nächsten Sitzung eine Einsatzübersicht vorstellen.